

# Nach Schottland muss jetzt auch Wales das britische Anti-BDS-Gesetz ablehnen sagen Aktivist:innen

The New Arab, 04.08.23

Nachdem die schottische Regierung das umstrittene Anti-Boykott-Gesetz der britischen Regierung blockiert hat, wird nun Druck auf Wales ausgeübt, diesem Beispiel zu folgen.

In der Presseerklärung der schottischen Regierung werden die Gefahren eines solchen Gesetzes mit der historischen Unterstützung der Apartheid in Südafrika durch die britische Regierung verglichen. „Die Haltung der britischen Regierung gegenüber der Apartheid-Regierung in Südafrika, die sich weigerte, sie zu verurteilen, als andere sie aktiv boykottierten, verdeutlicht die Gefahr, die mit dieser Einschränkung verbunden ist“.

Bürgerinitiativen in Wales wenden sich in einem Schreiben an ihre Parlamentsabgeordneten, um sie aufzufordern, sich dem so genannten „Anti-Boykott-Gesetz“ der britischen Regierung zu widersetzen, mit dem öffentliche Einrichtungen daran gehindert werden sollen, die von den Palästinensern angeführte Boykott-, Desinvestitions- und Sanktionsbewegung (BDS) zu unterstützen.

Die Aktion folgt auf die Ankündigung der schottischen Regierung von Anfang dieser Woche, die sich gegen das vorgeschlagene Gesetz mit der Bezeichnung *Economic Activity of Public Bodies (Overseas Matters) bill* ausspricht.

Aktivist:innen der Palästina-Solidaritätskampagne (PSC) argumentieren, dass der Gesetzentwurf lokalen Behörden, Universitäten, Pensionsfonds und nationalen Regierungen das Recht nehmen würde, ethische Entscheidungen über Ausgaben und Investitionen zu treffen, und somit den Boykott von Staaten, die Menschenrechte verletzen und gegen internationales Recht verstoßen, effektiv verbieten würde. Die einzige Ausnahme wäre, wenn ein solches Vorgehen offiziell von der Regierung in London gebilligt wird, wodurch die Macht, außenpolitische Positionen zu vertreten, auf einige wenige Minister konzentriert wird. Der Gesetzentwurf nennt jedoch „Israel, die besetzten palästinensischen Gebiete oder die besetzten Golanhöhen“ als Gebiete, die niemals von diesem Schutz vor Boykott, Desinvestition und Sanktionen ausgenommen werden können. Der Entwurf befindet sich derzeit auf dem Weg ins britische Recht übernommen zu werden. Für die dezentralen nationalen Verwaltungen von Schottland, Wales und Nordirland wäre dies nicht unbedingt bindend, aber der Verfasser des Gesetzentwurfs, Michael Gove, hat erklärt, er wolle, dass die britische Außenpolitik mit „einer Stimme“ spricht.

Die Aktivist:innen fordern die dezentralen nationalen Verwaltungen auf, den Gesetzentwurf abzulehnen, der ihrer Meinung nach nicht nur einem regelmäßigen Verletzer des Völkerrechts wie Israel einzigartigen Schutz vor ethischen BDS-Aktionen bietet, sondern auch die Rede- und Gewissensfreiheit angreift.

## **Der schottische Präzedenzfall**

Am Mittwoch veröffentlichte die von der *Scottish National Party* geführte schottische Regierung ein *Legislative Consent Memorandum (LCM)*, das in Schottland auch als *Sewell-Motion* bekannt ist und sich gegen das Anti-Boykott-Gesetz ausspricht.

Ein *LCM* ist ein Mechanismus, mit dem die dezentralen Verwaltungen, d.h. das schottische Parlament, der walisische Senedd und die nordirische Versammlung, die britische Regierung daran hindern können, Gesetze in einem Bereich zu verabschieden, für den die dezentrale Regierung Gesetzgebungsbefugnis hat.

Die Argumentation der schottischen Regierung gegen den Gesetzentwurf ist einfach: Er würde sich unrechtmäßig über die dezentralen Behörden in Schottland hinwegsetzen.

Die schottische Regierung macht jedoch deutlich, dass sie mit der zentralen Prämisse des Gesetzentwurfs, Israel solle einen Sonderstatus unter allen Staaten erhalten, nicht einverstanden ist und hielt fest: „Dies hat zur Folge, dass Israel sich in einer weltweit einzigartigen Position befindet – ganz gleich, welche Maßnahmen es ergreift, die britische Regierung wäre nicht in der Lage, durch sekundäre Gesetzgebung schnell zu handeln, um es öffentlichen Einrichtungen zu ermöglichen, diese Maßnahmen bei relevanten Entscheidungen zu berücksichtigen.“

## **Der Vergleich mit der Apartheid**

In der Presseerklärung der schottischen Regierung werden die Gefahren eines solchen Gesetzes mit der historischen Unterstützung der Apartheid in Südafrika durch die britische Regierung verglichen. „Die Haltung der britischen Regierung gegenüber der Apartheid-Regierung in Südafrika, die sich weigerte, sie zu verurteilen, als andere sie aktiv boykottierten, verdeutlicht die Gefahr, die mit dieser Einschränkung verbunden ist“, hieß es in der Erklärung.

„Wir sind zu Recht stolz auf diejenigen in Schottland, die sich gegen die Apartheid gestellt haben. Nach den Bestimmungen dieses Gesetzentwurfs wären viele von ihnen zum Schweigen gebracht worden“, heißt es abschließend.

Die Hoffnung der Aktivist:innen ist, dass dies zu einem Dominoeffekt führt, bei dem die fehlende Unterstützung für das Gesetz in Schottland und möglicherweise Wales dazu führt, dass es im britischen Parlament von den Lords verworfen, oder stark abgeändert wird. BDS-Aktivitäten könnten so in den keltischen Ländern Großbritanniens einen sicheren Hafen finden. Bislang hat sich kein Vertreter der walisischen Regierung zu dem Gesetzentwurf geäußert.

Quelle: <https://www.newarab.com/news/after-scotland-wales-could-reject-uk-anti-bds-bill>

Übersetzung: M. Kunkel, Pako – palaestinakomitee-stuttgart.de